



Staatskanzlei

Peter, Menschensohn des Horst und der Erika
aus dem Hause Fitzek
handelnd für
den Beschuldigten "Peter Fitzek",
geb. 12.08.1965

Schriftlich an die Geschäftsstelle

zu Lutherstadt Wittenberg, den 31.07.2018

Oberlandesgericht Naumburg
1. Strafsenat
Domplatz 10
06618 Naumburg

Anhörungsrüge

1 RV 26/18 OLG Naumburg
113 Ss 243/17 GenStA Naumburg
7 Ns (672 Js 10435/10) LG Dessau

Ergänzung/Präzisierung der Anhörungsrüge

in der Strafsache gegen "Peter Fitzek", ergänzt/präzisiert der Menschensohn des Horst
und der Erika aus dem Hause Fitzek,
handelnd für „Peter Fitzek“
geboren am 12. August 1965 in Halle,

wegen des Vorwurfs des vorsätzlich unerlaubten Betreibens eines Versicherungsgeschäftes
und vorsätzlichen Fahrens ohne Fahrerlaubnis in zehn Fällen
davon in einem Fall in Tateinheit mit Urkundenfälschung

die Anhörungsrüge und begehrt für den Beschuldigten die

Versetzung des Verfahrens in den Stand zu Beginn der Frist zur Erklärung der Revisionsbegründung.

Dies wegen der Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör bei der Revisionsentscheidung
des OLG Naumburg lt. obigem Aktenzeichen

und

Anordnung des Aufschubs der Vollstreckung nach § 47 Abs. 2 StPO.

mit folgender Begründung:

Der Anspruch des Beschuldigten auf rechtliches Gehör wurde vom OLG Naumburg in entscheidungserheblicher Weise verletzt, da

1. der Generalstaatsanwalt in seiner Erklärung zur Revision vom 19.03.2018 und das OLG in seinem Beschluss vom 24.04.2018 die Revisionsbegründung des Beschuldigten nicht berücksichtigt hat.
2. der Generalstaatsanwalt in seiner Erklärung zur Revision vom 19.03.2018 die Revisionsbegründung des Pflichtverteidigers nicht berücksichtigt hat, da er und auch das OLG in seinem Beschluß auf das Vorbringen des Pflichtverteidigers in keiner Weise eingegangen sind, obwohl dies Pflicht ist (s. BVerfGE 54, 86/91 f.; BVerfG-K, NJW 97, 726/726 f.; BVerfGE 65, 293/295 f.; BVerfGE 86, 133/145 f.;)
3. der Generalstaatsanwalt weder den Pflichtverteidiger noch den Beschuldigten von seiner Erklärung zum Revisionsvorbringen des Beschuldigten in Kenntnis gesetzt bzw. die Erklärung dem Beschuldigten und seinem Pflichtverteidiger nicht zugestellt hat, wodurch es weder dem Beschuldigten noch seinem Pflichtverteidiger möglich war, eine Gegenerklärung vor dem Beschluß des OLG vom 24.04.2018 zu erstellen und einzureichen.
4. die im Vermerk 1 Rv 26/18 vom 30.05.2018 des "VRiOLG Dr. Otparlik" behauptete Zustellung des Schreibens des GenStA vom 19.03.2018 entgegen des Vermerkes nicht erfolgt ist, was noch begründet wird.
5. weder der GenStA noch das OLG auf das entscheidungserhebliche Vorbringen Unserer Revisionsbegründung noch der des Pflichtverteidigers eingegangen ist.

Wir wiederholen zuerst inhaltlich:

Der Beschuldigte erlangte frühestens am 04.05.2018 Kenntnis über die Möglichkeit der Verletzung des rechtlichen Gehörs:

Sobald der Beschuldigte am 03.05.2018 durch Hinweise in Presse- und Radiomeldungen vom Beschluss des OLG Naumburg erfuhr, ging er seine Unterlagen durch, um nach einem Hinweis zu suchen, weshalb sich trotz Einreichung seiner Revisionsbegründung der Beschluss des OLG Naumburg in seiner aktuellen Version ergeben hat.

Dabei fiel am 04.05.2018 bei genauer Durchsicht der Erklärung des Generalstaatsanwalts auf, dass vermutlich der Generalstaatsanwalt die beiden Revisionsbegründungen des Beschuldigten und seines Pflichtverteidigers nicht berücksichtigt hat.

Dies kann aber tatsächlich erst dann gesichert beurteilt werden, wenn der Beschuldigte in die gerichtliche Verfahrensakte Einsicht hatte. Insofern wird der Beschuldigte seine Anhörungsrüge zu präzisieren und/oder zu ergänzen aufgefordert sein.

Dem Beschuldigten fiel auf: Am 20. März 2018 informierte der Pressesprecher des OLG Naumburg Herr Haberland die Pressevertreterin Ulrike Dirschwigl per E-Mail darüber, dass beim OLG Naumburg kein Verfahren gegen Peter Fitzek anhängig sei. Am 22. März 2018 bestätigte der Pressesprecher dies nochmals telefonisch. Die Erklärung des General-

staatsanwalts, von der der Beschuldigte bis dahin keine Kenntnis hatte, ist auf den Tag davor, den 19. März 2018 datiert. Diese Erklärung wurden weder dem Beschuldigten, der sich zu dieser Zeit in Haft in der JVA Halle befand, noch seinem Pflichtverteidiger RA Fehse zugestellt.

Eine Nachfrage beim Landgericht Dessau-Roßlau ergab, daß die Revisionsbegründungen des Beschuldigten und des Pflichtverteidigers RA Fehse sich versehentlich noch dort befanden. Sie sollten auf die Anfrage hin laut Auskunft des Landgerichts an den Pflichtverteidiger am Freitag, den 23. März 2018, per Boten nach Naumburg gebracht werden. Der Rechtspfleger Herr Holstein wurde daraufhin am 22. März 2018 noch angesprochen, damit er die Seite mit dem fehlerhaften Aktenzeichen auswechseln und die korrigierte Fassung dem Landgericht Dessau-Roßlau zukommen lassen könnte. Der Justizinspektor hatte auf die in seiner Geschäftsstelle zu Protokoll gegebene Revisionsbegründung des Beschuldigten das falsche Aktenzeichen geschrieben. Zu dieser Zeit hatte aber der Generalstaatsanwalt bereits zum Revisionsvorbringen lt. Ausfertigungsdatum Stellung bezogen.

Um sicherzustellen, ob die Revisionsbegründung überhaupt in den Akten befindlich ist, wurde der vom Beschuldigten bevollmächtigte Rechtsanwalt Markus Grüneberg am 05.05.2018 morgens um 8.00 Uhr im OLG Naumburg vorstellig und bat um Akteneinsicht. Ihm wurde mitgeteilt, dass die Akten bereits am 28.04.2018 an den Generalstaatsanwalt zurück gegangen seien. Ein daraufhin getätigter Anruf der OLG-Bediensteten im Sekretariat des Generalstaatsanwalts ergab, dass die Akten bereits am 30.04.2018 weiter an die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Dessau-Roßlau gegeben wurden.

Im Landgericht Dessau-Roßlau bekam der Rechtsanwalt Markus Grüneberg am 05.05.2018 um 10.00 Uhr Akteneinsicht. Sein Anliegen war es, die Eingangs-, Bearbeitungs- und Weitergabedaten der beiden Revisionsbegründungen des Beschuldigten und seines Pflichtverteidigers einzusehen. In den Akten fehlte aber der Band/die Bände mit den Verfahrensunterlagen ab dem Datum der Ausfertigung des Urteils im Landgericht Dessau-Roßlau. Dieser Band/diese Bände waren dem Behördenleiter vorgelegt und von ihm bisher nicht an die Dezernatsleitung Frau Staatsanwältin Voss zurückgegeben worden, so die Auskunft. Im Sekretariat des Behördenleiters war der Aktenband ebenfalls nicht aufzufinden. Die Begründung lautete, der Band sei wohl versehentlich in einer falschen Akte gelandet, der Behördenleiter sei in Urlaub und sein Stellvertreter, der das Verfahren abschließend bearbeitet habe, nicht im Haus.

Um ca. 11.30 Uhr besuchte eine Pressevertreterin die Behörde der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau um nachzufragen, ob der Behördenleiter im Haus sei und ihr Auskunft zu der angeblich nicht auffindbaren Akte geben könne. Zu diesem Zeitpunkt betrat auch der Behördenleiter das Gebäude, obwohl er Urlaub hatte. Die Pressevertreterin wurde allerdings nicht zu ihm vorgelassen. In einem Gespräch mit der Dezernatsleiterin Staatsanwältin Voss erfuhr die Pressevertreterin ebenso wie zuvor der Anwalt, dass der relevante Band der Akte gegenwärtig nicht aufzufinden sei. Der im Haus anwesende aber im Urlaub befindliche Behördenleiter war für sie nicht zu sprechen.

Um 14.08 Uhr bekam der Rechtsanwalt Markus Grüneberg einen Anruf, der Aktenband sei nun aufgefunden worden und er könne ihn zur Einsicht schriftlich anfordern.

Das Vorgehen insgesamt legt für den Beschuldigten die Vermutung nahe, daß der Behördenleiter an diesem Tag extra aus seinem Urlaub in die Behörde gebeten wurde, weil es das Ersuchen um Akteneinsicht des Rechtsanwalts gab. Für den Beschuldigten bleibt die Frage offen, weshalb die Akte eventuell „zurückgehalten“ worden ist und ob damit im Zusammenhang stehen kann, dem Anwalt möglicherweise die Eingangs-, Bearbeitungs- und Weitergabedaten in der Akte im Originalzustand nicht ersichtlich machen zu wollen.

Darüber hinaus fällt dem Beschuldigten die unglaublich schnelle Bearbeitung der sehr umfangreichen Revisionsbegründung (mit Anlagen 283 Seiten) auf. Sollte die Revisionsbegründung des Beschuldigten und die seines Pflichtverteidigers tatsächlich zusammen mit der berücksichtigten Revisionsbegründung des Verteidigers Kohlmann am 24.01.2018 an den Generalstaatsanwalt ordnungsgemäß weitergegeben worden sein, so hätte der Generalstaatsanwalt diese frühestens mit seiner Erklärung am 19.03.2017 an die Richter des OLG Naumburg weitergeben können. Diese hätten das umfangreiche Werk dann innerhalb von 5 Wochen durchgearbeitet und einen Beschluss gefaßt. Das ist bei einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit von 6 Monaten für „gewöhnliche“ Verfahren mehr als ungewöhnlich und durchaus auffällig. Über das den Beschuldigten betreffende Verfahrensthema wird inhaltlich erstmalig befunden; schon deshalb ist es eher wahrscheinlich, daß eine derart zügige Bearbeitung nahezu unmöglich ist.

Im Beschluss geht das OLG Naumburg auf die Revisionsgründe des Beschuldigten mit keinem Wort ein. Der Generalstaatsanwalt nimmt ebenfalls keinen Bezug auf die Revisionsbegründung des Beschuldigten. Vor allem nimmt er bezüglich der Versicherungsfrage ausschließlich auf die Genehmigung von Versicherungsgeschäft Bezug ohne die Beweisführung zu berücksichtigen, dass gar kein Versicherungsgeschäft bestanden hat.

Der Beschuldigte bittet um Zustellung der Entscheidung des Oberlandesgerichts Naumburg zu diesem Antrag an seinen Pflichtverteidiger Fehse und die Zustellberechtigte Hannah Dömling mit Zustellanschrift in 06889 Lutherstadt Wittenberg, Am Bahnhof 4.

Wir ergänzen, präzisieren und begründen:

Das ganze Verfahren war bisher eine einzige Farce, welches entweder ein nahezu beispielloses Versagen der brep. Justiz offenbart, oder sogar auf einen vorsätzlichen Verhinderungsversuch zur Erlangung von Recht und Freiheit für die Menschheit hinausläuft.

Bereits im Landgericht Dessau nahm die Versagung rechtlichen Gehörs Züge offener Willkür an, was Wir bereits in Unserer Revisionsbegründung detailliert darlegten. Der Pflichtverteidiger fühlte sich leider nicht dazu berufen, die zahllosen Protokollfälschungen, die Unterschlagungen aus dem Protokollband und die Fehlhandlungen der Richterin im Landgericht Dessau zu rügen.

Unsere bisher nicht zur Kenntnis genommene substantiierte Revisionsbegründung ist entscheidungserheblich, da in dieser auf jedes einzelne Tatbestandsmerkmal eines Versicherungsgeschäftes als auch auf alle einzelnen Erlaubnisse und Führerscheine eingegangen wird. Unsere Revisionsbegründung ist erheblich umfangreicher als die der Verteidiger und enthält tragende Gesichtspunkte, welche nicht bereits in Unserer zweiseitigen Revisionsbegründung und in der der Verteidiger vorgebracht worden sind, so z.B. zu den Tatbestandsmerkmalen der für das Versicherungsgeschäft erforderlichen Entgeltlichkeit, Ausführungen zur Unselbständigkeit der

Nebenabrede zur NDGK u.a. Fakten. Auch zu zahlreichen Fragen der sog. "Fahrerlaubnisse" wurde entscheidungserheblich vorgetragen. Bei Berücksichtigung dieses Unseres Vorbringens hätte der Senat anders entscheiden müssen.

Bereits das Landgericht hat sich in seinem Urteil, ebenso wie der GenStA als auch das OLG Naumburg nun, von höchstrichterlicher Rechtsprechung weit entfernt und das, ohne dies zu begründen. Die Begründungspflicht erstreckt sich aber auf die für die Rechtsverfolgung und -verteidigung wesentlichen Tatsachen (BVerfGE 47, 182/189).

Wesentliche Tatsachen in diesem Sinne sind Begründungen für die Abweichung von höchstrichterlicher Rechtsprechung.

Unsere Tätigkeiten erfüllten und erfüllen zahlreiche der Tatbestandsmerkmale eines Versicherungsgeschäftes nicht.

Die Tatbestandsmerkmale eines Versicherungsgeschäftes sind von der sog. "höchstrichterlichen Rechtsprechung" entwickelt worden und sind seit vielen Jahren angewandte Praxis. Die höchstrichterlichen Entscheidungen und die dort entwickelte Definition des Versicherungsgeschäftes mit seinen einzelnen Tatbestandsmerkmalen sind für das LG Dessau als auch das OLG Naumburg bindend. Es wurde vom LG und auch vom OLG weder im Bereich VAG noch in Bezug auf die Fahrerlaubnis/die Führerscheine eine Begründung für die Abweichung von bisheriger höchstrichterlicher Rechtsprechung geliefert.

Ebenso wurden sämtliche Ausführungen zur Staatlichkeit des Königreiches Deutschland und Unserer Stellung in diesem ignoriert und rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verweigert.

Anspruch auf rechtliches Gehör bedeutet auch, daß Uns alle Rechtsauffassungen, die das Gericht seiner Entscheidung zugrunde legen will und mit denen Wir nicht rechnen müssen (BVerfGE 84, 188/190), zur Kenntnis zu geben hat.

Die mit diesem Anspruch im Zusammenhang stehende Informationspflicht des Gerichtes wird ohne Antrag oder Erkundigung ausgelöst (BVerfGE 67, 154/155). Kommt das Gericht seiner Informationspflicht nicht nach und hat die Partei dadurch keine Kenntnis über den Sach- und Streitstand, so ist Art. 103 Abs. 1 GG verletzt.

Diese Verletzungshandlungen waren schon im Verfahren im Landgericht Dessau der Fall und das ist auch wieder in der Entscheidung des OLG erkennbar, denn nur schon durch eine oberflächliche Subsumtion des LG-Urteils sollte einem jeden Richter die Fehlerhaftigkeit und Widersprüchlichkeit des LG-Urteils klar werden und eine Aufhebung von Amts wegen mit einer umfassenden Begründung zwingend erforderlich machen. Das ist nicht erfolgt. Ganz offensichtlich ist dies beim Tatbestandsmerkmal der Selbständigkeit der Abrede nicht erfolgt. Wie die Tatrichterin zutreffend feststellte, waren die beiden Vertragsteile stets miteinander verbunden und als Haupt- und nebenvertragliche Abrede erkennbar. Der Vorwurf des unerlaubten Versicherungsgeschäftes ist klar erkennbar nicht haltbar, da das Gericht fehlerhaft subsumierte und damit eine Verletzung materiellen Rechtes vorliegt. Wir verweisen dazu auf Unsere Revisionsbegründung, in der Wir das auch gerügt haben und hiermit nochmals rügen.

Weiter führen Wir aus:

Schon die Erstellung und Erklärung Unserer eigenen Revisionsbegründung war im Vorfeld mit zahlreichen Problemen behaftet (Zuordnung falscher Aktenzeichen [\[Anlage 10\]](#), bis hin zu einer offensichtlichen Falschauskunft durch Richterin Westerhoff [\[Anlage 11\]](#) reichte. Die Beachtung des falschen richterlichen Hinweises hätte bereits im KWG-Verfahren und auch wieder hier im VAG/FE-Verfahren zur Unwirksamkeit Unseres gesamten Revisionsvorbringens geführt. So hätte der BGH das völlig abwegige Urteil im KWG-Fall zu 3 Jahren und 10 Monaten nicht aufheben können und, wie sich schon im Anhang zum Schreiben des OLG Naumburg vom 17.07.2018 [\[Anlage 8\]](#) zeigt, hätte auch dies dann schon zur endgültigen Rechtskraft des von Fehlern

übersäten Landgerichtsurteils Dessau-Roßlau und Unserer langen Inhaftierung geführt. Das deshalb, da das Vorbringen beider Verteidiger angeblich nicht zur Aufhebung des LG-Urteils führen würde und das, obwohl der Pflichtverteidiger Fehse anscheinend zum VAG und auch zur Fahrerlaubnis substantiiert vorgetragen hat.

Bereits solche richterlichen Praktiken hier in Sachsen-Anhalt lassen die Aussichtslosigkeit einer Anhörungsrüge und eine Aufhebung des LG-Urteils in Verbindung mit einem zeitnahen endgültigen Freispruch zumindest zweifelhaft werden. Da nicht nur die Erfolgsaussichten der Anhörungsrüge, sondern überhaupt die ganze bisherige und vermutlich auch die weitere Verfahrensführung zweifelhaft ist, legen Wir fristwährend gleichzeitig mit dieser Anhörungsrüge Verfassungsbeschwerde ein.

Wir stellen zudem richtig:

Weitere Ausführungen des Vorsitzenden Richters Dr. Otparlik im Oberlandesgericht Naumburg, auch zur möglichen Entscheidungserheblichkeit der Gehörsverletzung, sind in seinem Vermerk vom 30.05.2018 ausgeführt, welches an das Schreiben vom 17.07.2018 angeheftet war. Diese Ausführungen sind teilweise unzutreffend.

Dr. Otparlik schreibt:

"Die weitere Behauptung des Verurteilten, wonach die GenStA auch die Revisionsbegründung des Pflichtverteidigers nicht berücksichtigt habe, ist hingegen unzutreffend."

Zum einen sei darauf hingewiesen, daß bis dato keine Akteneinsicht bestand. Weder Uns noch dem Pflichtverteidiger wurde diese ermöglicht. Erst nach dem 17.07.2018 wurde dem RA Akteneinsicht durch Dr. Otparlik ermöglicht und weiter zugesichert, nachdem Wir, ein von Uns zusätzlich bevollmächtigter Rechtsanwalt und eine Pressevertreterin vor Ort in Naumburg und Dessau sich darum bemüht hatten, die Akten ab dem Landgerichtsurteil aufzufinden. Der Pflichtverteidiger hatte sich monatelang vergeblich um Akteneinsicht bemüht und hat sie immer noch nicht erhalten!

Des Weiteren sei dazu ausgeführt:

Wenn der GenStA und schließlich auch das OLG die Revisionsbegründung des Pflichtverteidigers erhalten haben wollen, dann hätte diese aufgrund gesetzlicher Pflichten das Revisionsvorbringen des Pflichtverteidigers zur Kenntnis nehmen müssen. Das hätte auch erkennbar sein müssen. Diese Erkennbarkeit wäre dann der Fall, wenn auf die vorgebrachten Begründungen zu den einzelnen Tatbestandsmerkmalen eingegangen worden wäre und in der Stellungnahme und dem Beschluß dazu substantiiert vorgetragen worden wäre. Das aber ist nicht einmal ansatzweise erfolgt. Schon deshalb war anzunehmen, daß der GenStA und schließlich auch das OLG die Revisionsbegründung nicht erhalten haben können. Es wird nämlich nicht angenommen, daß der GenStA oder ein Richter seine Pflichten verletzt. Falls der Arbeitsaufwand des GenStA oder eines Richters die Einhaltung dieser Pflichten nicht ermöglichen sollte, dann ist eine Systemveränderung erforderlich. Diese bieten Wir an.

Dr.Otparlik schreibt weiter:

„Die weitere Behauptung des Verurteilten, dass die GenStA Ihre Zuschrift vom 19.03.2018 weder ihm noch dem Pflichtverteidiger zugeleitet habe, ist ebenfalls unzutreffend (vgl. Bl. 154-157 XXI)“

Hier irrt der Herr Dr. Otparlik, doch er kann es gar nicht besser wissen, da er sich nur auf die Akten verläßt. Wie auf dem Anschreiben des GenStA ersichtlich, ist das Schreiben an „Peter Fitzek, **Hollweg** 16 in 06886 Lutherstadt Wittenberg“ adressiert.

Wir hatten tatsächlich auf dem **illegal** am 15.05.2017 zwangsgeräumten Gelände mit der brep. Anschrift **Heuweg** 16 [\[Anlage 77\]](#) eine Anschrift, bei der ev. eine Zustellung hätte glücken können.

Der GenStA hat zum Einen aber nicht die korrekte brev. Adresse benannt, denn diese lautete nicht Hollweg, sondern hilfsweise, als brev. Adresse, vielleicht noch Heuweg 16.

Zudem ist dem Richter wohl die vor etwa einem Jahr von 150 verummten mit Maschinenpistolen und schwerem Räumgerät bewaffneten Terroristen und vermutlich auf Steuerzahlerkosten getätigte **illegale** Zwangsräumung friedlicher Familien von dem Gelände mit der brev. Anschrift „**Heuweg 16**“ entgangen. Diese vorsätzlich durchgeführte illegale Zwangsräumung wurde von einer mafiösen Struktur in Sachsen-Anhalt in Verbindung mit Handlangern der Bankenkartelle organisiert um Fakten zu schaffen, wobei sich diese zahlreicher Hilfskräfte der BRep. bedienten. Dazu gehören auch Kräfte aus der Justiz.

Wir wiederholen:

Schon die Stellungnahme des Generalstaatsanwaltes wurde, ebenso wie die Ausfertigung des Beschlusses, nicht an den Pflichtverteidiger als auch nicht an Uns, den Beschwerdeführer oder auch nicht der „Person Peter Fitzek“ direkt oder indirekt mithilfe eines Zustellungsbevollmächtigten, zugestellt.

Die Versuche einer Zustellung konnten unter der falschen und von den Bewohnern illegal zwangsgeräumten o. g. Adresse auch gar nicht gelingen.

An den Pflichtverteidiger ging die Stellungnahme wohl deshalb fehl, da dieser zu der Zeit gerade die Kanzlei gewechselt hatte.

Die Anschrift des Pflichtverteidigers, an die die Stellungnahme des GenStA gesandt wurde, lautete vormals:

"Rasch, Dr. Wilde, Fehse und Kollegen", Große Steinstraße 69 in Halle.

Ab dem 01.01.2018 lautet die Anschrift des Pflichtverteidigers aber:

"Fehse und Szabo", Marktplatz 19 in Halle.

Auf mündliche Nachfrage bestätigte Uns der Pflichtverteidiger den Nichterhalt des Schreibens des GenStA. Gleichzeitig meinte er aber auch, daß er es wohl aufgrund der Aktenaussage erhalten haben müsse und ihm dies wohl entfallen sei.

Zeigt sich hier nur wieder seine Richter- oder Systemhörigkeit oder möchte er die brev. Justiz, von der er ja abhängig ist, in gutem Lichte dastehen lassen?

Wir hoffen auf einen Reformwillen und eine Besserung der Zustände in unserem schönen Land und wünschten Uns, daß man Fehler eingestehen kann und Widergutmachung gewillt ist zeitnah zu leisten. Es wäre für alle Menschen ein Segen, auch für Sie.

Hochachtungsvoll

Peter
Menschensohn des Horst und der Erika

aus dem Hause Fitzek
Königreich Deutschland